JAHRESBERICHT 2011

GEWERBEVERBAND DER STADT ZÜRICH

GEDANKEN DES PRÄSIDENTEN

JAHRESBERICHT

EINLADUNG ZUR 171. DELEGIERTEN-VERSAMMLUNG

DV 2012 – TRAKTANDENLISTE

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren

Liebe Unternehmerinnen, liebe Unternehmer

Im Dezember 2006 begann unser öffentlicher Protest gegen zu viele Vorschriften mit einer Demonstration am Limmatquai. Auslöser waren damals die behördlichen **Schikanen gegen die Bäckerei Stocker.** Im Nachhinein stellte sich heraus, dass die Stadtverwaltung gar ohne gesetzliche Grundlage gegen sie vorgegangen war. Diese Episode geht deshalb als «Gipfeli-Krieg» in die GVZ-Geschichte ein.

Der Gipfeli-Krieg führte zu den KMU-Volksinitiativen, die im Herbst 2009 dem Stadtrat überreicht wurden. Mit zäher Öffentlichkeitsarbeit haben wir unablässig auf die Bedeutung der Zürcher KMUs hingewiesen. Und jetzt endlich: 5 Jahre nach der GVZ-Demo am Limmatquai können wir einen grossen Erfolg feiern. Mitte April 2011 hat der Stadtrat einen Teil unserer Forderungen in einer Verordnung umgesetzt. Mitte Januar 2012 befand auch der Gemeinderat, dass die KMUs gefördert und entlastet werden sollen. Das soll in der Gemeindeordnung festgeschrieben werden und ist somit keine Eintagsfliege.

Damit waren 95% unserer Forderungen erfüllt, und wir konnten die KMU-Volksinitiativen offiziell zurückziehen. Die Vorlage ist zwar unbestritten, muss aber vom Volk bestätigt werden. Die Abstimmung findet voraussichtlich im Juni 2012 statt. Der GVZ plant in diesem Zusammenhang eine **Kampagne für die Zürcher KMUs.**

Mit dem öffentlichen Bekenntnis zu den KMUs geht die Arbeit aber erst richtig los! Im **KMU-Forum** suchen wir systematisch nach den KMU-feindlichen Schwachstellen in den unzähligen Verordnungen und Gesetzen. Das ist ein Riesenaufwand, überflüssige Vorschriften vermeiden wäre einfacher!

Schicken Sie uns ein E-Mail, wenn Sie Probleme mit Paragraphen haben (Stichwort genügt). Wir kontaktieren Sie umgehend. Ausschlaggebend für unseren Erfolg sind gute Ideen, ein aktiver Vorstand, eine volle Kasse und engagierte Mitglieder.

Ich danke allen für die grossartige Unterstützung im Verbandsjahr 2011 und freue mich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

Mit grossem Engagement
Ihr

Richard W. Späh

Ordentliche Delegiertenversammlung

Die 170. Delegiertenversammlung des Gewerbeverbandes der Stadt Zürich fand am 10. Mai 2011 im Crowne Plaza statt. Es konnten 61 Mitglieder, Gäste und Vertreter der Medien begrüsst werden. Darunter waren 32 Delegierte mit Stimmberechtigung. Gastreferent war Publizist Beat Kappeler, der zum Thema «Die Wurzeln der Bürokratie und ihre Ausrottung» sprach. Der anschliessende Apéro riche stand im Zeichen des 170. Jubiläums und bot Gelegenheit zu ausgiebigen Gesprächen.

Statutarische Geschäfte

Das Protokoll der 169. Ordentlichen Delegiertenversammlung vom 18. Mai 2010 wurde einstimmig genehmigt und verdankt. Die konsolidierte Jahresrechnung 2010 schloss mit einem Jahresüberschuss von CHF 21‘606.07 ab. Die Versammlung genehmigte die Jahresrechnung zusammen mit dem Revisionsbericht einstimmig. Das Budget 2012 rechnet mit einem konsolidierten Gesamtüberschuss von CHF 3‘280.00.

Wahlen

Der Vorstand und das Präsidium wurden einstimmig wiedergewählt.

Vorstand GVZ

2011 traf sich der Vorstand zu sechs ordentlichen Vorstandssitzungen. Der Vorstandsausschuss kam fünf Mal zusammen. Folgende Themen wurden dabei zentral behandelt:

Kampf gegen die neue Parkplatzverordnung

Am 24. November 2010 hat das Volk mit 53.6% JA-Stimmen die neue Parkplatzverordnung angenommen. Diese sieht eine Reduktion der Parkplätze vor. Schon im Vorfeld hat der GVZ zusammen mit dem Hauseigentümerverband (HEV) und dem ACS Sektion Zürich dagegen gekämpft. Leider erfolglos. Seit der Abstimmung kämpfen wir auf dem Rechtsweg weiter – mit unseren bisherigen Partnern und der City Vereinigung. Vorerst ging es um die formelle Frage der Zuständigkeit. Nach mehreren Stationen bekam Departementsvorsteherin Ruth Genner vor Baurekursgericht Recht, was wir jedoch weiter attackieren. Materiell ist nichts entschieden.

Einwendungen zum kantonalen Richtplan

Der GVZ hat in seiner Stellungnahme einiges bemängelt und drei Forderungen gestellt: Der kantonale Richtplan ist mit dem eidgenössischen Richtplan zu koordinieren und die Interessen der Wirtschaft sind zu berücksichtigen. Ausserdem ist die Erschliessung für den Individualverkehr mangelhaft und muss verbessert werden.

Passantenstopper

Seit November 2009 kämpft der GVZ gemeinsam mit der City Vereinigung gegen die Gebührenpflicht bei Passantenstoppern. Das Verwaltungsgericht hat uns teilweise Recht gegeben und festgehalten, dass Reklameständer unter einem Quadratmeter Grundfläche nicht gebührenpflichtig seien. Das interessiert den Stadtrat nicht – mit Beschluss vom Januar 2012 hielt er an der Gebühr fest. Die nächste Instanz ist der Bezirksrat. Seit Anfang März 2012 ist die Sache dort hängig.

Monopolisierung des öffentlichen Grundes

Am 23. März 2011 informierte der GVZ die Zürcher Gemeinderäte über die etatistischen Tendenzen beim öffentlichen Grund. Das bekommen die Plakatgesellschaften besonders schmerzlich zu spüren. Das Referat von Beat Holenstein von der APG löste eine hitzige Debatte aus. Sowohl APG wie auch Clear Channel sind national und international tätig, aber nirgends ist es für sie so schwierig wie in Zürich. Zur Klärung dieser Probleme ist die KMU-Gruppe Gemeinderat aktiv geworden (Details siehe nächste Seite).

Öffentliche Stadtdebatte online

Vom 15. – 17. September 2011 lud der Stadtrat zu einer öffentlichen Stadtdebatte ein. Online konnte die Bevölkerung zu brisanten Fragen wie Verkehr, Städtebau, 2000-Watt-Gesellschaft etc. Stellung nehmen. Die GVZ-Geschäftsleitung organisierte, dass unsere Exponenten sich mit pointierten Statements in die Diskussion einbrachten. Besten Dank allen, die sich für diese Aktion zur Verfügung stellten.

Kooperation mit dem Stadtrat

Im Juni 2010 gab es teilweise Negativ-Schlagzeilen für den GVZ. Grund: Wir hatten den traditionellen Kontakt-Lunch mit dem Stadtrat abgesagt, weil Small-Talk und Apéros keine konkreten Resultate brachten. Trotz dem anstrengenden Medienwirbel hat sich der Boykott gelohnt. Die Zusammenarbeit zwischen den Delegationen des GVZ und des Stadtrates ist jetzt klar strukturiert mit Traktanden und Protokoll. Der GVZ freut sich auf die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Stadtrat. Am 10. November 2011 fand die erste Sitzung bei guter Stimmung statt. Diskussionspunkte waren die Umsetzung von UmverkehR und Verkehrs- und Parkprobleme für Lieferanten. Das Treffen findet einmal pro Jahr statt.

Gemeinderat für KMUs – Rückzug der GVZ-Doppelinitiative

Im Herbst 2009 reichte der GVZ zwei Volksinitiativen ein. Diese KMU-Entlastungs- und KMU-Förderungsinitiative sollten verhindern, dass das Gewerbe mit immer mehr Bürokratie beschwert wird. Anfänglich war der Stadtrat kritisch, nahm aber dann doch die meisten GVZ-Forderungen in einer Verordnung auf. Diese trat am 15. April 2011 in Kraft. In einem wesentlichen Punkt liess sich jedoch keine Einigkeit erzielen: Der GVZ wollte die Entlastung der KMUs in der Gemeindeverordnung verankern und damit die Verwaltung verbindlich und dauerhaft darauf verpflichten. Dies lehnte der Stadtrat ab. Inzwischen hat eine Kommission des Gemeinderats einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Dieser nimmt die GVZ-Anliegen weitgehend auf und sieht zudem eine Verankerung in der Gemeindeordnung vor. Das Parlament hat die Vorlage am 18. Januar 2012 gutgeheissen. Damit konnte der GVZ seine KMU-Doppelinitiative offiziell zurückziehen. Die Vorlage des Gemeinderats kommt voraussichtlich im Juni 2012 vors Volk.

Städtische Volksinitiative

«KMU-Entlastungsinitiative»

Gewerbeverband der Stadt Zürich

Seit Jahren sind sich alle einig:

Für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) gibt es zuviel Bürokratie. Diese Bürokratie ist teuer und für die Wirtschaft unproduktiv. Sie saugt Mittel ab, die man in Arbeitsplätze investieren könnte.

Der Gewerbeverband Stadt Zürich verlangt nun, dass neue Vorschriften vor Erlass geprüft werden, ob sie für KMU verträglich sind. Dabei hilft das sogenannte KMU-Forum, das nach 4 Jahren wieder abgeschafft werden kann.

Helfen Sie mit, die kleinen und mittleren Betriebe (1 - 250 Mitarbeitende) von der Bürokratie zu entlasten. Das sichert unsere Arbeitsplätze und Lehrstellen.

Gestützt auf Art. 15 ff. der Gemeindeordnung der Stadt Zürich und das Gesetz über die politischen Rechte stellen die unterzeichnenden Stimmberechtigten der Stadt Zürich in Form eines ausformulierten Entwurfs folgendes Begehren:

Ergänzung der Gemeindeordnung der Stadt Zürich vom 26. April 1970 zum Abbau von Vorschriften sowie administrativer und finanzieller Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen (Wortlaut der Ergänzung der Gemeindeordnung siehe **Rückseite**).

Die vorliegende Initiative können nur Personen unterzeichnen, die in der Stadt Zürich stimmberechtigt sind. Sämtliche Felder sind vom Unterzeichnenden handschriftlich auszufüllen und das Begehren ist eigenhändig zu unterschreiben. Wer sich bei der Unterschriftensammlung bestechen lässt oder das Ergebnis einer Unterschriftensammlung fälscht, macht sich strafbar gemäss Art. 281 bzw. 282 des Strafgesetzbuches.

Politische Gemeinde: Zürich — Postleitzahl:

Nr.	Name (in Blockschrift)	Vorname	Jahrgang	Wohnadresse	Unterschrift (eigenhändig)	Kontrolle
1						
2						
3						
4						
5						

Beginn der Unterschriftensammlung: 4.03.2009 Bitte senden Sie den unterzeichneten Unterschriftenbogen an:

Gewerbeverband der Stadt Zürich (GVZ), Oleanderstr. 14, 8050 Zürich – Weitere Unterschriftenbogen unter: www.gewerbezuerich.ch

Das Initiativkomitee: Bernhard Aebischer, Präsident Gewerbeverein Altstetten-Grünau, Zwischenbächen 115, 8048 Zürich; **Ernst Bachmann,** Kantonsrat, Präsident Gastro Zürich City, Alte Kalchbühlstrasse 19, 8038 Zürich; **Hans Bachmann,** Gemeinderat, Eichbühlstr. 32, 8004 Zürich; **Dr. Beat Badertscher,** Kantonsrat, Ligusterstrasse 25, 8057 Zürich; **Lucius Dürr,** alt Kantonsrat, Frohburgstrasse 240, 8057 Zürich; **Theresa Hensch,** Gemeinderätin, Scheideggstr. 65, 8002 Zürich; **Kurt Hüssy,** Gemeinderat, Eichacker 4, 8051 Zürich; **Thomas Kade,** Vizepräsident GVZ, Obere Blässistrasse 1, 8049 Zürich; **Martin Lang,** Präsident Gewerbeverein Zürich-Oerlikon, Ausserdorfstr. 19, 8052 Zürich; **Albert Leiser,** Gemeinderat, Direktor Hauseigentümerverband Zürich, Untermoosstrasse 27, 8047 Zürich; **Daniel Leupi,** Gemeinderat, Drosselstrasse 9, 8038 Zürich; **Martin Luchsinger,** Co-Präsident GLP Stadt Zürich, Hofackerstrasse 23, 8032 Zürich; **Daniel Meier,** Gemeinderat, Kügelikoostrasse 38, 8050 Zürich; **Richard Rabelbauer,** Gemeinderat, Künzlistrasse 18, 8057 Zürich; **Armin Schilter,** alt Gemeinderat, Vorstand GVZ, Friedrichstrasse 29, 8051 Zürich; **Richard W. Späh,** Präsident GVZ, Waidstrasse 11, 8037 Zürich; **Heinz F. Steger,** Gemeinderat, Magdalenenstrasse 66, 8050 Zürich; **Barbara Vögele,** Präsidentin Gewerbeverein Zürich-Ost, Vorstand GVZ, Blümlisalpstrasse 69, 8006 Zürich; **Christopher Vohdin,** Kantonsrat, Zweiackerstrasse 38, 8053 Zürich; **Dr. med. Josef Widler,** Gemeinderat, Schweighofstrasse 307, 8055 Zürich. **Das Initiativkomitee ist berechtigt, die Initiative zurückzuziehen.**

KMU-Forum

Die KMU-Doppelinitiative forderte, dass Gesetze KMU-freundlich sein müssen. Durch den Rückzug ändert sich daran nichts. Das KMU-Forum hat nun die Aufgabe, die bestehenden Vorschriften zu durchforsten und gegebenenfalls Änderungen oder Streichungen zu beantragen. An der ersten Sitzung vom 4. November 2011 wurde das Organisationsreglement besprochen und verabschiedet. 2012 sind 6 bis 7 Sitzungen geplant. Präsident des KMU-Forums ist Richard W. Späh, das Vizepräsidium übernimmt Rechtsanwalt Andreas Zürcher von der City Vereinigung.

Abstimmungen

Der GVZ beteiligte sich mit eigenen Parolenfassungen an den folgenden Volksabstimmungen:

Kantonale Volksabstimmungen

• Verkehrssicherheitsinitiative

Abstimmung vom 13.02.2011: Autofahrer zahlen an Bussen und Fahrprüfungsgebühren rund 100 Millionen pro Jahr. Die Initiative des ACS wollte, dass ein Viertel davon in die Verkehrssicherheit investiert wird. Der GVZ unterstützte dieses Anliegen mit der JA-Parole. An der Urne scheiterte die ACS-Initiative mit 83.2% NEIN-Stimmen (Stimmbeteiligung 47.8%).

• Erweiterungsbau Landesmuseum

Abstimmung vom 13.02.2011: Mit 160'000 Besuchern pro Jahr hat das Landesmuseum Platzprobleme und projektiert einen Anbau. Die Stadt muss lediglich 10 Millionen von den insgesamt 111 Millionen Baukosten tragen. Der GVZ sah dies als Chance für das Baugewerbe und beschloss die JA-Parole. Das Volk nahm die Vorlage mit 62.3% JA-Stimmen an (Stimmbeteiligung 48.3%).

• Steuergesetz

Abstimmung vom 15.05.2011: Die Vorlage des Regierungsrates und des Kantonsrates wollte «nur» die kalte Progression ausgleichen und sicherstellen, dass der Kanton Zürich im interkantonalen Steuerwettbewerb nicht zurückfällt. Gegenvorschläge hatten zur Folge, dass die Stimmbürger schliesslich über 3 Vorlagen und 3 Stichfragen entscheiden mussten. Der GVZ ergriff die JA-Parole für die Vorlage des Kantonsrates, die dann auch mit 49.2% der JA-Stimmen und 52.8% bei der Stichfrage obsiegte (Stimmbeteiligung 32.5%).

• Finanzausgleichsgesetz

Abstimmung vom 15.05.2011: Das neue Gesetz wollte die Gemeindeautonomie stärken und die Handhabung beim Finanzausgleich vereinfachen. Der Gegenvorschlag verlangte, dass Winterthur und Zürich pro Jahr 21 Mio. resp. 52 Millionen weniger Zentrumsausgleichlasten erhalten. Der GVZ unterstützte den Kantonsrat mit der JA-Parole, weil Zürich und Winterthur immer mehr Infrastruktur für den ganzen Kanton zur Verfügung stellen müssen. So befand auch das Volk mit 73.8% JA-Stimmen (Stimmbeteiligung 32.5%).

• Gesetz für ein Polizei- und Justizzentrum (Aufhebung)

Abstimmung vom 4.09.2011: 2003 hat das Volk bereits dem PJZ zugestimmt, aber der Kantonsrat hat in der Folge den Objektkredit verweigert. So beantragte der Regierungsrat beim Kantonsrat, dass das PJZ-Gesetz aufgehoben werde – obwohl er weiterhin zum PJZ steht. Der Kantonsrat war mehrheitlich für die Aufhebung. Der GVZ stellte sich mit der NEIN-Parole gegen die Aufgabe des Polizei- und Justizzentrums, weil das Projekt sinnvoll ist und zudem Millionen an bereits getätigten Investitionen verloren wären. Das Volk hielt mit 54.2% NEIN-Stimmen am PJZ-Projekt fest (Stimmbeteiligung 27.3%).

Städtische Volksabstimmungen

• Privater Gestaltungsplan Kornhaus Swissmill

Abstimmung vom 13.02.2011: Mit der Aufstockung des Swissmills bekommt das produzierende Gewerbe mehr Stellenwert in der Stadt. Deshalb ergriff der GVZ die JA-Parole. Die Vorlage wurde mit 58.3% JA-Stimmen angenommen (Stimmbeteiligung 45.7%).

• Volksinitiative «Zur Förderung des öV, Fuss- und Veloverkehrs in der Stadt Zürich» sowie Gegenvorschlag des Gemeinderats

Abstimmung vom 4.09.2011: Thema beider Vorlagen war die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs. Folgen für das Gewerbe: Stau, Parkplatzprobleme, Suchverkehr. Der Gegenvorschlag des Gemeinderates war flexibel formuliert, während die Volksinitiative explizit Tangentialverbindungen für den öffentlichen Verkehr fordert. Zudem sollen Strassen nur ausgebaut werden dürfen, wenn sich die Kapazität des gesamten

Strassennetzes nicht erhöht. Der GVZ ergriff die NEIN-Parole gegen beide Vorlagen. Das Volk nahm beide an, den Gegenvorschlag des Gemeinderates mit 64% JA-Stimmen sogar recht deutlich (Volksinitiative 52.4% JA). Trotzdem gewann die Volksinitiative bei der Stichfrage knapp mit 50.6% JA (Stimmbeteiligung 28.7%).

- Blaue Zone, Erlass einer Parkkartenverordnung

Abstimmung vom 27.11.2011: Die neue Parkkartenverordnung brachte eine Entlastung für die KMUs, da die Gebühren für eine Gewerbeparkkarte von 600 Franken auf 480 Franken (gültig für max. 6 Fahrzeuge) bzw. auf 360 Franken pro Jahr (für ein Fahrzeug) gesenkt wurden. Genau dafür hatte sich der GVZ jahrelang eingesetzt und ergriff die JA-Parole. Der Wermutstropfen: Die 700'000 Franken Entlastung für das Gewerbe wurden den übrigen Automobilisten belastet und gleich noch um eine gute Million erhöht, um die Reinigungskosten zu decken(!). Die neue Parkkartenverordnung wurden mit 58.5% JA-Stimmen angenommen (Stimmbeteiligung 42.7%).

KMU-Gruppe Gemeinderat

3.02.2011 / GR Nr. 2009/355

Verzicht auf Erhebung einer einmaligen Konzessionsgebühr bei umweltgerechten Sanierungen von Gebäuden. Die Motion von Albert Leiser (FDP) und Daniel Leupi (Grüne) wurde mit 81:38 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

6.04.2011 / GR Nr. 2011/113

Bewirtschaftung des öffentlichen Mobiliars durch Grün Stadt Zürich. Marc Bourgeois (FDP) und Kurt Hüssy (SVP) wollten mit einer schriftlichen Anfrage wissen, wie Grün Stadt Zürich das Mobiliar in Park- und Waldanlagen bewirtschaftet und wie die entsprechenden Aufträge vergeben werden. Bereits am 29. Juni kam die Antwort des Stadtrats. Wohl gibt es einige Produkte, die patentrechtlich geschützt sind, und daher von einem bestimmten Unternehmen bezogen werden müssen. Längerfristiges Ziel der Stadt sei es jedoch, ein unabhängiges Sortiment zu entwickeln und dieses im Submissionsverfahren auszuschreiben. Im Schnitt arbeitet Grün Stadt Zürich mit rund 10 Spielplatzgestaltern und 15 Lieferanten zusammen. Genaue Angaben zum Auftragsvolumen kann die Stadt ohne übermässigen Aufwand nicht liefern. Bei den Spielplatzgeräten belaufen sich die Kosten auf knapp eine halbe Million jährlich, bei den Sitzbänken ebenso.

13.04.2011 / GR Nr. 2011/121

Vorschriften über das Anbringen von Reklameanlagen auf öffentlichem Grund, Ausarbeitung eines Erlasses. Severin Pflüger (FDP), Kurt Hüssy (SVP) und 42 Mitunterzeichnende wollten mit einer Motion erreichen, dass der Stadtratsbeschluss über das Anbringen von Reklameanlagen aus dem Jahre 2008 aufgehoben wird. Grund: Nicht der Stadtrat, sondern der Gemeinderat sei dafür zuständig. Wie dem GVZ von den privaten Plakatierungsgesellschaften zugetragen wird, dringt der Staat immer stärker ins Plakatierungsgeschäft ein. Die KMU-Gruppe Gemeinderat bekämpft dies mit verschiedenen parlamentarischen Mitteln in Folge.

6.07.2011 / GR Nr. 2011/266

Evaluierung und Betreibung von Drehsäulen zu Werbezwecken. Severin Pflüger (FDP), Kurt Hüssy (SVP) und 38 Mitunterzeichnende wollten mit einer dringlichen schriftlichen Anfrage vom Stadtrat wissen, ob sie die neuen Werbe-Drehsäulen in eigener Regie bewirtschaften will. Gefragt wurde auch nach den entsprechenden Stellenprozenten und Kosten. An der gleichen Sitzung gab es gleich eine zweite Anfrage.

6.07.2011 / GR Nr. 2011/267

Städtische Praxis betreffend der Erstellung und Finanzierung der Plakatträger auf öffentlichem Grund. Severin Pflüger (FDP), Kurt Hüssy (SVP) und 35 Mitunterzeichnende wollten mit einer dringlichen schriftlichen Anfrage vom Stadtrat unter anderem wissen, weshalb er die Plakatgesellschaften enteignen will. Offenbar hat der Stadtrat den Plakatanschlag an die Bedingung geknüpft, dass die Werbeträger nach fünf Jahren ins Eigentum der Stadt übergehen. Diese werden bis dato noch von den privaten Plakatierungsgesellschaften errichtet und gepflegt. Zwar werden diese im Rahmen der Enteignung materiell entschädigt, aber ein städtisches Monopol ist nicht im Interesse der Wirtschaft. Angeblich werden Plakatstellen auf privatem Grund praktisch nicht mehr bewilligt.

13.07.2011 / GR Nr. 2011/274

Bewilligung der Boulevardgastronomie an der Dufourstrasse sowie an vergleichbaren Lagen im bisherigen Umfang. Marc Bourgeois (FDP) und Claudia Simon (FDP) forderten mit einem Postulat, dass die Wirte an der Dufourstrasse weiterhin zwei Tischreihen aufs Trottoir stellen dürfen. Die angeblichen Reklamationen der Autofahrer seien nicht nachvollziehbar. Die Dringlicherklärung wurde von 100 Ratsmitgliedern unterstützt. Nach einer hitzigen Debatte gab es am 31. August 2011 eine Abstimmung unter Namensaufruf. Das dringliche Postulat wurde mit 99:18 Stimmen überwiesen, SR Leupi versprach eine Lösung «mit Augenmass».

7.12.2011 / GR Nr. 2011/121

Vorschriften über das Anbringen von Reklameanlagen auf öffentlichem Grund. Schon im April 2011 hatte die KMU-Gruppe im Gemeinderat darauf aufmerksam gemacht, dass die Stadtverwaltung bei den Plakatierungsvorschriften ihre Kompetenzen überschreitet. Dieser Ansicht waren alle Parteien ausser SP und SD. Die Motion wurde mit 76:38 Stimmen überwiesen. Nun muss der Stadtrat eine neue Vorlage ausarbeiten und darin festschreiben, dass der Gemeinderat – und nicht der Stadtrat – für die Plakatierungsvorschriften auf öffentlichem Grund zuständig ist.

Tripartite Kommission Arbeitsintegration (TPK AI)

Der Delegation gehören an: Richard W. Späh, Präsident GVZ, Armin Schilter, Vorstand GVZ, Robert Eggler, ad personam, Werner Rom, ad personam, Delegationsleiter.

• Die TPK AI hat an ihren Schwerpunkten im vergangenen Jahr weiter gearbeitet. Die neue Rechtsgrundlage hat keine wesentliche Veränderung der Arbeit TPK mit sich gebracht, so dass die Arbeit im gewohnten Rahmen weitergeführt wurde.

• Im abgelaufenen Jahr hat die Delegation des GVZ weiterhin sein Augenmerk auf die Effizienz der Leistungen in der Arbeitsintegration gerichtet. Sie hat auch die Vergleichbarkeit dieser Leistungen der verschiedenen Leistungsträger im Auge behalten.

Kongresshaus-Stiftung Zürich

Neben der ordentlichen Liegenschaftenverwaltung beschäftigte sich die Stiftung im Jahre 2011 hauptsächlich damit, wie der Betrieb des Kongresshauses bis zur Erstellung eines neuen Kongresszentrums sichergestellt wird.

Zu diesem Zweck wurde unter Leitung vom Amt für Hochbauten der Stadt Zürich eine Projektgruppe gegründet, die parallel zu den Arbeiten am Kongresshaus auch die umfangreiche Sanierung der Tonhalle planen soll. Als erstes wurde ein Projektwettbewerb für Planer ausgeschrieben. Das Resultat des Wettbewerbes wurde leider von einem Mitbewerber angefochten, was zu einer Terminverschiebung führte.

Nach dem Entscheid des Verwaltungsgerichtes Ende 2011 kann nun mit den Projektierungsarbeiten begonnen werden. Der Zeitplan sieht vor, dass bis Ende 2012 dem Gemeinderat die Vorlage zur Beratung gegeben wird und 2013 eine Volksabstimmung stattfinden wird. Zurzeit geht man von einem Investitionsvolumen von 55 Mio. Franken aus. Die Höhe des Betrages mag erstaunen. Wer aber den Zustand des Kongresshauses und der Tonhalle kennt, weiss, dass mit diesem Betrag kein Luxus betrieben wird. Trotzdem braucht das Kongresshaus eine starke Öffentlichkeitsarbeit, damit Politik und Bevölkerung von der Dringlichkeit und Notwendigkeit der geplanten Massnahmen überzeugt werden können.

Dock Gruppe AG

Für die Dock Gruppe AG war das Berichtsjahr sehr erfolgreich. Noch nie konnten so viele neue Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose geschaffen werden wie 2011. Gesamthaft wurden drei neue Docks eröffnet, im Januar Dock Basel Stadt, im Frühling Dock Buchs/SG und im Sommer Dock Limmattal.

Aktuell beschäftigt die Dock Gruppe rund 1400 Langzeitarbeitslose. Mit der Pro Dock AG, eine Tochter der Dock Gruppe, wurde ein Think Tank für Innovationen im Sozialfirmenbereich geschaffen. Damit soll sichergestellt werden, dass das sogenannte St. Galler Modell weiterentwickelt und -verbreitet wird. Ernsthafte Interessenten werden begleitet von der Idee über den Businessplan bis hin zur Realisierung.

Förderverein des GVZ

Der Förderverein des Gewerbeverbandes der Stadt Zürich wurde am 19. Mai 2003 gegründet und hat den Zweck, den GVZ in seiner Tätigkeit zu unterstützen. 2011 konnten CHF 60'000.-- ausgerichtet werden. Unterstützt wurden ein Social Media-Projekt des GVZ, die Abstimmungskampagnen «Nein zur Umverkehr-Initiative» und «Ja zur Parkplatzverordnung» sowie weitere politische Engagements.

Der Förderverein hält sich im Rahmen seines Budgets 2012 bereit, den Abstimmungskampf zu den KMU-Initiativen, die Arbeiten für eine weitere Volksinitiative, den Auftritt des Zürcher Gewerbes an der Züspa und weitere Projekte mit namhaften Beträgen zu unterstützen.

Der monatlich stattfindende Lunch-Stamm erfreut sich weiterhin grosser Beliebtheit. Durchschnittlich nehmen rund 30 Fördermitglieder an diesen Netzwerk-Anlässen teil. Unterdessen zählt der Verein 80 Mitglieder. Die angestrebte Zielgrösse von 100 Mitgliedern rückt in die Nähe. Neumitglieder sind herzlich willkommen!

Stiftung Bauen und Wohnen SBW Zürich

Der GVZ engagiert sich bei der Stiftung Bauen und Wohnen, nachdem die STIBA sich 2005 mit der SBW zusammengeschlossen hat und der ehemalige STIBA-Vorsitzende im Stiftungsrat der SBW als Vertreter des GVZ Einsitz genommen hat.

Die SBW verwaltet 122 Wohnungen. 110 Wohnungen hat sie auf Baurechtsland der Stadt Zürich in den Quartieren Höngg und Leimbach erstellt. Sie ist der Gemeinnützigkeit verpflichtet. Gegründet wurde sie 1952 als "Stiftung zur Förderung des Baues von billigen Wohnungen ohne öffentliche Beiträge" von den damaligen Parteien BGB, CVP, EVP, FDP und Landesring. Heuer feiert sie ihren 60. Geburtsag. Beteiligt sind immer noch die gleichen Parteien (ausser der LdU), zusätzlich engagiert sich der GVZ. Seit 2002 wird die SBW von Hansjörg Sörensen präsidiert. Dank der guten Finanzlage sucht die Stiftung zusätzliche Liegenschaften oder Bauland, um ihre Tätigkeit zu erweitern.

Kantonaler Gewerbeverband (KGV)

Der GVZ ist durch seinen Präsidenten im Vorstand, dem leitenden Ausschuss und der ERFA-Gruppe des KGV vertreten und bringt dort die städtischen KMU-Anliegen ein.

Präsidentenkonferenz / ERFA der Quartier-Gewerbevereinen

An einer ordentlichen Sitzung informierte und diskutierte der GVZ mit den Präsidentinnen und Präsidenten aktuelle Anliegen aus dem Verband und der Politik. Der gegenseitige Gedankenaustausch wurde dabei rege genutzt. An der ERFA-Sitzung der Quartier-Gewerbevereinspräsidenten waren die Aktivitäten der KMU-Gruppe Gemeinderat sowie die wirtschaftsorientierte Standortpolitik vorherrschende Themen.

Quartier-Gewerbevereine und Berufsverbände

Den Quartier-Gewerbevereinen und Berufsverbänden gebührt grosse Anerkennung für ihre bedeutenden Leistungen für das örtliche Gewerbe und das KMU.

Forum Zürich (www.forum.org)

Das Forum Zürich umfasst sechzehn städtische und kantonale Wirtschaftsverbände. Der GVZ nimmt an diesem Runden Tisch teil und hat gleichzeitig Einsitz im leitenden Ausschuss. Damit werden die Interessen des städtischen Gewerbes direkt in verschiedene Forum-Aktivitäten eingebracht. Daneben nutzt der GVZ den umfassenden Informationsaustausch.

Im Mittelpunkt der Forums Aktivitäten 2011 stand die Erarbeitung einer Entwicklungsstrategie für den Kanton Zürich. Weitere wichtige Themen betrafen aktuelle Abstimmungsvorlagen aus den Bereichen Verkehrspolitik, Finanzpolitik und Gesundheitspolitik.

Veranstaltungen

• Berufsmesse Zürich 2011

Die Nachwuchsförderung ist ein erklärtes Ziel des GVZ, weshalb wir im Beirat der Berufsmesse vertreten sind. 2011 kamen an fünf Messetagen rund 44‘000 Besucherinnen und Besucher aus 10 Kantonen. Die Veranstalter Kantonaler Gewerbeverband Zürich und MCH Messe Schweiz (Zürich) AG freuten sich über

das grosse Interesse an dieser umfassenden Berufswahl- und Weiterbildungsplattform mit 240 Lehrberufen und 320 Weiterbildungen.

Auf reges Interesse stiessen auch die täglichen Kurzvorträge zu Themen wie Bewerbung, Laufbahngestaltung und Arbeitswelt. Die Eröffnung mit Viktor Giacobbo fand grossen Anklang unter den Gästen aus Medien, Politik und Verbänden.

Die siebte Berufsmesse Zürich fand vom 22. bis 26. November 2011 in der Messe Zürich statt. 110 Berufsverbände und Unternehmen der Privatwirtschaft boten ein breites Bildungsspektrum. Insbesondere am Mittwochnachmittag und am Samstag nahmen viele Eltern mit ihren Kindern das Angebot in Anspruch.

- Treffen Hasenrainhütte

Der GVZ hat zum vierten Mal ein Plauschtreffen mit den Vorstandsmitgliedern der angeschlossenen Organisationen organisiert. Ziel des Anlasses war, gewerbliche Erfahrungen auszutauschen und persönliche Kontakte aufzubauen. Der gelungene Anlass mit 35 Teilnehmer/Innen wird auch im kommenden Jahr wieder stattfinden.

Der Gewerbeverband dankt!

Wir danken allen, die helfen, dass der GVZ tatkräftig und aktiv bleibt! Das sind die Präsident/innen der angeschlossenen Organisationen, die Unternehmer/innen, die sich für die KMU einsetzen, die Mitmacher/innen bei den GVZ-Aktionen und auch alle, die einfach ihren Mitgliederbeitrag zahlen.

Ein besonderer Dank gilt unserer Geschäftsleiterin Ursula Woodtli und den beiden Mitarbeiterinnen Judith Sigrist (Buchhaltung) und Gabriela Jäggi – letztere hat per Anfang 2012 eine neue Stelle angetreten. Danke Gabi für Deinen Einsatz! Unentbehrlich sind schliesslich meine Mitstreiter im Vorstand, die immer wieder mit Begeisterung neue Ideen einbringen. Danke für Eure Unterstützung.

Ihr
Richard W. Späh
Präsident

Anträge und Wahlvorschläge sind gemäss Art. 18 der Verbandsstatuten mindestens 14 Tage vor der Versammlung an die Geschäftsstelle oder direkt dem Präsidenten einzureichen.

EINLADUNG ZUR 171. DV

des Gewerbeverbandes der Stadt Zürich

Dienstag, 15. Mai 2012
Prime Tower
Hardstrasse 201, 8005 Zürich

Beginn: 18.00 Uhr

Referat von
Dr. Valentin Landmann, Rechtsanwalt
zum Thema:
«Das Gewerbe in unserer Spiegelwelt»

Traktanden:

1. Begrüssung und Präsidialadresse
2. Protokoll der 170. Delegiertenversammlung vom 10. Mai 2011
3. Jahresbericht 2011
4. Jahresrechnung 2011
5. Entlastung des Vorstandes
6. Budget 2013
7. Statutenanpassung
8. Wahlen:
   8.1 Ersatzwahl eines Vorstandsmitglieds
   8.2 Revisionsstelle
9. Beschlussfassung über Anträge, welche von Verbandsorganen oder Mitgliedern unterbreitet werden
10. Offenes Mikrophon

Der GVZ freut sich, Sie anschliessend zum Apéro einzuladen. Dieser ist von der Zürcher Kantonalbank offeriert.

Zur Delegiertenversammlung haben Zutritt:

a) Vorstands- und Ehrenmitglieder sowie Gäste des GVZ
b) Präsidenten, Delegierte und Mitglieder der dem GVZ angeschlossenen Gewerbevereine und Berufsverbände sowie Einzelmitglieder
c) Angehörige von Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Delegiertenversammlung

Die Stimmberechtigung richtet sich nach Art. 19 der Verbandsstatuten.

Anmeldungen bis spätestens 7. Mai 2012 an:

Geschäftsstelle GVZ, Oleanderstrasse 14,
Postfach 7142, 8050 Zürich
Telefon: 044 311 34 35
Fax: 044 311 34 37
info@gewerbezuerich.ch
www.gewerbezuerich.ch